

**Auswirkung der Steuerpolitik des Bundes  
auf die Landes- und Kommunalverschuldung in NRW:  
Wie hätten sich die Schulden ohne Steuerrechtsänderungen  
und bei Wiedererhebung der Vermögensteuer alternativ  
entwickelt?**

Kurzstudie

im Auftrag von DIE LINKE NRW.

von  
Diplom-Volkswirt, Diplom-Verwaltungswirt (FH)  
Birger Scholz<sup>1</sup>  
Düsseldorf/Berlin

Düsseldorf/Berlin, Mai 2012

---

<sup>1</sup> Heimstraße 15, 10965 Berlin; e-Mail: birger@birger-scholz.de

## **Inhalt**

Zusammenfassung.....	Seite 3
1. Vorbemerkung.....	Seite 4
2. Projektion zum Landeshaushalt.....	Seite 5
3. Projektion zu den Kommunalhaushalten.....	Seite 7
4. Fazit.....	Seite 9
Anhang zur Berechnung.....	Seite 10
Literatur.....	Seite 11

## Zusammenfassung

(1) Die vorliegende Arbeit stellt die Frage, wie sich die Schulden des Landes und die Kassenkredite der Kommunen seit dem Jahr 2000 ohne Steuerrechtsänderungen und bei Wiedererhebung der seit 1996 ausgesetzten Vermögensteuer entwickelt hätten.

(2) Anstatt von 77 Milliarden Euro (2000) auf 126 Milliarden Euro (2011) zu steigen, sinken Schulden des Landes gegenüber dem Jahr 2011 um über die Hälfte auf 62 Milliarden Euro. Für das Jahr 2011 lässt sich eine durch die Steuersenkungspolitik des Bundes verursachte Haushaltslücke in Höhe von 7,6 Milliarden Euro errechnen. 5,2 Milliarden Euro gehen auf Steuermindereinnahmen zurück. Hiervon entfallen 4,2 Milliarden Euro auf Steuerrechtsänderungen und 1,8 Milliarden Euro auf die Nicht-Erhebung der Vermögensteuer. Die restlichen 2,4 Milliarden Euro sind auf höhere Zinsausgaben zurück zu führen. Bei einer alternativen Steuerpolitik des Bundes ab 1998 wäre daher im Jahr 2011 in NRW beides möglich gewesen: Ein ausgeglichener Haushalt und 4,6 Milliarden Euro mehr für Zukunftsinvestitionen.

(3) Ohne Steuerrechtsänderungen wären die Kommunen heute frei von Kassenkrediten. Diese für die Liquiditätssicherung nötigen Kredite sind bis Ende 2011 auf 22,3 Milliarden Euro angestiegen. Im Jahr 2000 betragen die Kassenkredite erst 2,5 Milliarden Euro. Hieraus resultiert für das Jahr 2011 eine durch die Bundespolitik verursachte Haushaltslücke in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. 3 Milliarden Euro gehen auf Steuermindereinnahmen und 0,5 Milliarden Euro auf höhere Zinsausgaben zurück.

(4) Von den 7,2 Milliarden Euro, die Land und Kommunen in NRW im Jahr 2011 durch die Steuerpolitik des Bundes weniger einnehmen, sind 92 Prozent auf die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung der Jahre 1998 bis 2005 zurück zu führen. Die Steueränderungen der Regierung Schröder (Senkung des Spitzensteuer- und des Körperschaftsteuersatzes, Umstellung auf das Halbeinkünfteverfahren, Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne) haben nicht nur zu erheblichen Einnahmeausfällen geführt, sondern durch ihre regressive Wirkung auch die Zunahme der Einkommensungleichheit massiv befördert.

(5) Das Gutachten zeigt, dass Land und Kommunen strukturell unterfinanziert sind. Das Ausmaß der Unterfinanzierung lässt sich finanzwissenschaftlich an den berechneten Haushaltsüberschüssen ersehen. Daher spricht vieles dafür, die Konsolidierung der Haushalte des Landes und der Kommunen ausschließlich einnahmeseitig vorzunehmen und weitere Ausgabekürzungen strikt zu vermeiden.

(6) Eine ausgabeseitige Einhaltung der Schuldenbremse ist nach Berechnungen des Finanzministeriums nur möglich, wenn die realen Primärausgaben (Ausgaben ohne Zinszahlungen) ab 2016 jährlich um fast 1,5 Prozent sinken. Eine solche Konsolidierungsstrategie dürfte die Zukunftsfähigkeit des Landes beschädigen.

# 1. Vorbemerkung

Seit dem Jahr 2000 sind die Schulden des Landes von knapp 77 Milliarden Euro auf über 126 Milliarden Euro angestiegen. Die Kassenkredite der Kommunen erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 2,5 auf über 22 Milliarden Euro.<sup>2</sup> Insbesondere der Anstieg der Kassenkredite verdeutlicht die tiefe Haushaltskrise der Kommunen, da diesen keine Investitionsausgaben gegenüberstehen.<sup>3</sup> Daher kann von einer doppelten Finanzkrise in NRW gesprochen werden. Sowohl das Land als auch die Kommunen sind betroffen. Das haushaltswirtschaftliche Gleichgewicht ist seit über zehn Jahren tief gestört.

Im Wahlkampf werden hierfür drei Erklärungen genannt. CDU und FDP sehen die Ursache in überhöhten Ausgaben. SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Piratenpartei plädieren für einen Mix aus Einnahmeerhöhung und Ausgabenkürzung. Dagegen hält die DIE LINKE den Haushalt für strukturell unterfinanziert, lehnt weitere Ausgabenkürzungen entschieden ab und fordert eine Konsolidierung ausschließlich über Einnahmesteigerungen.<sup>4</sup>

Im folgenden Beitrag soll untersucht werden, ob der rasante Schuldenanstieg auf unzureichende Einnahmen zurückgeführt werden kann. Hierbei wird simuliert, wie sich die Steuerrechtsänderungen auf Bundesebene seit 1998 auf die Schulden des Landes und der Kommunen ausgewirkt haben. Die Arbeit nutzt hierbei bereits vorliegende jahresscharfe Berechnungen der Steuermindereinnahmen für das Land NRW und seine Kommunen.<sup>5</sup> Bei den Kommunen wird ausschließlich die Entwicklung der Kassenkredite modelliert.

Für die Landesebene wird zudem berücksichtigt, wie sich ab dem Jahr 2000 eine Wiedererhebung der Vermögensteuer ausgewirkt hätte. Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998 hatte die SPD die Wiedererhebung versprochen. Die Einnahmen der Vermögensteuer des Jahres 1996 werden hierbei analog zur Entwicklung der privaten Nettovermögen fortgeschrieben.<sup>6</sup>

Die für Land und Kommunen vorliegenden Daten werden in ein Zinsmodell eingebaut. So wird der Zinseszinsseffekt im Zeitverlauf berücksichtigt und eine alternative Schuldenkurve modelliert.

Im Anhang der Kurzexpertise finden sich Hinweise zur Berechnung der Modelle.

---

<sup>2</sup> IT.NRW 2011 weist zum Stichtag 30.9.2011 Kassenkredite in Höhe von 21,6 Milliarden Euro aus. Eicker-Wolf/Truger 2012 beziffern die Kassenkredite zum 31.12.2011 auf 22,3 Milliarden Euro.

<sup>3</sup> Die Gemeindeordnung schreibt für Kassenkredite eine Ermächtigung in der jeweiligen Haushaltssatzung vor. Näheres regelt der Runderlass „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden (GV)“ des Innenministeriums. Vgl. hierzu: Ministerium für Inneres und Kommunales 2010.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu die jeweiligen Wahlprogramme.

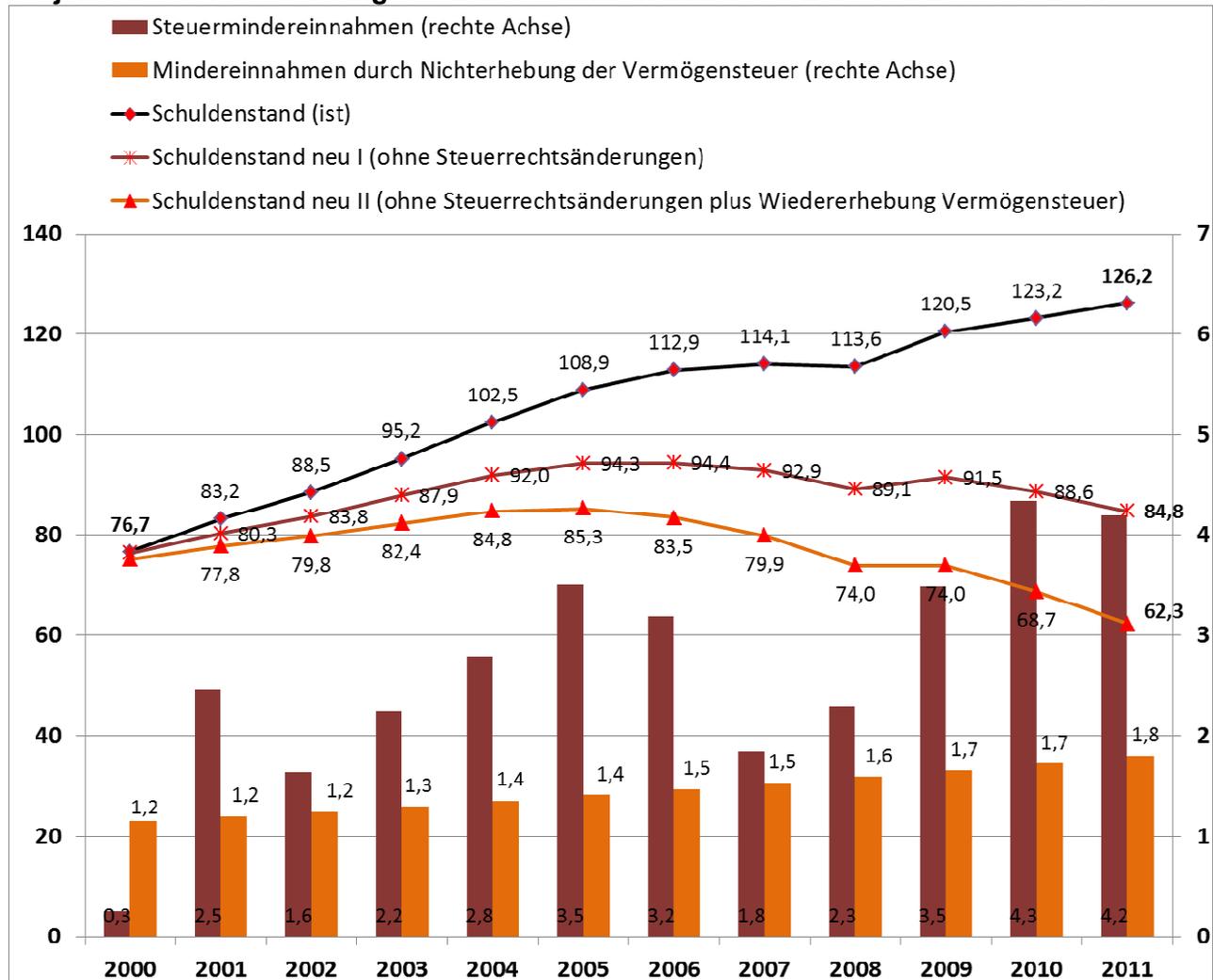
<sup>5</sup> Vgl. Eicker-Wolf/Truger (2012), Truger/Teichmann (2010) und Truger (2012). Die Autoren haben für die Jahre 2000 bis 2011 auch die Effekte des Länderfinanzausgleichs (LFA) und des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) berücksichtigt. Der KFA verteilt nach den Vorgaben des Gemeindefinanzierungsgesetzes einen Teil der Landessteuereinnahmen an die Kommunen und erhöht so die modellierten Einnahmeausfälle der Kommunen.

<sup>6</sup> Das Bundesverfassungsgericht erklärte die Erhebung der Vermögensteuer in ihrer damaligen Form 1995 für verfassungswidrig. Statt Immobilien, wie vom Urteil gefordert, höher zu bewerten und damit stärker zu besteuern, entschied sich die damalige Bundesregierung, die Vermögensteuer ab 1997 nicht mehr zu erheben.

## 2. Projektion zum Landeshaushalt

**Grafik 1** zeigt, dass die Steuerrechtsänderungen seit 1998 und die Nicht-Wiedererhebung der Vermögensteuer ab dem Jahr 2000 die Schulden des Landes um knapp 64 Milliarden Euro erhöht haben. Auf die Steuerrechtsänderungen entfallen hiervon über 41 Milliarden Euro und auf die nicht-erhobene Vermögensteuer über 22 Milliarden Euro. Bei den Steuermindereinnahmen des Landes sind die Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und Kommunalen Finanzausgleichs bereits berücksichtigt.<sup>7</sup>

**Grafik 1:**  
**Projektion der Verschuldung des Landes NRW in Milliarden Euro von 2000 bis 2011**



Quellen: Eicker-Wolf/Truger, Truger, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Steuerrechtsänderungen wurden sowohl von der rot-grünen Bundesregierung (1998 bis 2005), der Großen Koalition (2005 bis 2009) als auch von der schwarz-gelben Bundesregierung (ab 2009) vorgenommen. Die größten Einnahmeausfälle verursachten jedoch Steuerrechtsänderungen der Regierung Schröder. Der Spitzensteuersatz wurde von 53 Prozent auf 42 Prozent abgesenkt und der Körperschaftsteuersatz auf einheitlich 25 Prozent reduziert.

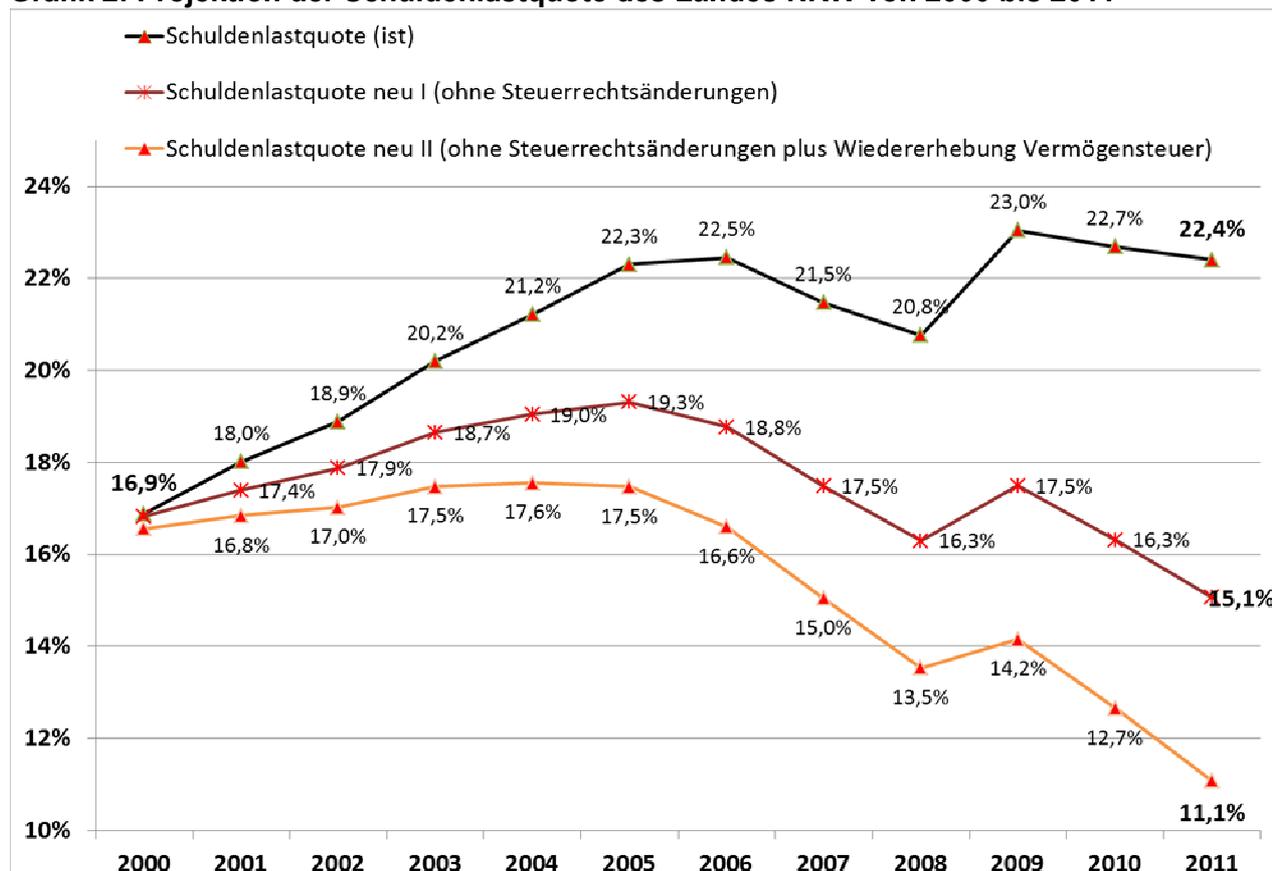
<sup>7</sup> Die potenziellen Zahlungen des Landes an die Kommunen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs erhöhen die Steuermindereinnahmen der Kommunen in Grafik 3.

Zudem wurde das Halbeinkünfteverfahren eingeführt sowie Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften durch Kapitalgesellschaften steuerfrei gestellt.

Im Jahr 2011 lassen sich von den gesamtstaatlichen Einnahmeverlusten (Bund, Länder und Kommunen) in Höhe von 51 Milliarden Euro über 47 Milliarden Euro auf diese Maßnahmen der Regierung Schröder zurückführen. Ohne die Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent durch die Große Koalition wären die Einnahmeverluste für Land und Kommunen noch viel gravierender ausgefallen. Ein Teil der Einnahmeverluste durch die Senkung des Spitzensteuersatzes wurde so zwar kompensiert, aber um den Preis einer verteilungspolitisch

Die massive Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent durch die Regierung Merkel spülte zwar schon im Jahr 2007 knapp 22 Milliarden Euro in die Kassen, doch wurden diese Mehreinnahmen durch die Einführung der Abgeltungsteuer und einer weiteren Senkung der Körperschaftsteuer schnell kompensiert. Im Jahr 2011 waren die Mehreinnahmen auf gut 1 Milliarde Euro zusammen geschmolzen. Die im Zuge des Ausbruchs der Weltfinanzkrise aufgelegten Konjunkturprogramme und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz führten ab dem Jahr 2009 zu erheblichen neuen Steuerausfällen. Im Jahr 2011 waren dies bundesweit über 6 Milliarden Euro.<sup>8</sup>

**Grafik 2: Projektion der Schuldenlastquote des Landes NRW von 2000 bis 2011**



Quellen: Eicker-Wolf/Truger 2010, Truger 2012, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

<sup>8</sup> Angaben für NRW vgl. Eicker-Wolf/Truger 2010, S. 34.

Insbesondere die Steuerreform 2000 wirkte massiv regressiv und hat so die Konzentration der Nettoeinkommen, insbesondere im Top-Einkommensbereich weiter befördert. Die Einführung der Abgeltungsteuer und die Senkung des Körperschaftsteuersatzes, der zu höheren Ausschüttungen an Aktionäre führte, verstärkten diese verteilungspolitisch negative Entwicklung.

Bei der Berechnung der Effekte der Wiedererhebung der Vermögensteuer muss bedacht werden, dass die fortgeschriebenen Werte zu einem relativ geringen bundesweiten Aufkommen von 6 Milliarden Euro im Jahr 2011 führen. Dagegen fordert selbst die SPD im Kontext einer angekündigten Bundesratsinitiative Mehreinnahmen von 8 bis 10 Milliarden Euro.<sup>9</sup> Die Umsetzung des LINKEN-Konzepts einer Millionärssteuer (5 Prozent Steuersatz auf alle Nettovermögen ab 1 Million) brächte allen Bundesländern Einnahmen von bis zu 80 Milliarden Euro.<sup>10</sup> Für NRW ergäben sich Mehreinnahmen von knapp 17 Milliarden Euro.

Um die Verschuldungsprojektion besser einordnen zu können, werden in **Grafik 2** die sich hieraus resultierenden Schuldenlastquoten (Verhältnis der Schulden zum NRW-Bruttoinlandsprodukt) berechnet. In beiden Alternativprojektionen sinkt die Schuldenlastquote.

Da die Finanzwissenschaft vielfach im Sinne des Nachhaltigkeitspostulats langfristig konstante Schuldenlastquoten fordert, lässt sich das starke Absinken der Schuldenlastquote II von knapp 17 Prozent auf 11 Prozent daher auch als Ausdruck überzogener Ausgabenkürzungen oder einer strukturellen Unterfinanzierung werten.

Um die Gesamtbelastung durch die Steuerpolitik des Bundes für den Landeshaushalt im Jahr 2011 zu bestimmen, müssen auch die aus der höheren Verschuldung resultierenden zusätzlichen Zinsausgaben berücksichtigt werden. Wie **Tabelle 1** zeigt, beträgt die Gesamtbelastung so 7,6 Milliarden Euro.

**Tabelle 1: Mindereinnahmen und Zins-Mehrausgaben im Jahr 2011 in Milliarden Euro**

	Mindereinnahmen in 2011	Höhere Zinsausgaben im Jahr 2011 durch Schuldenanstieg seit dem Jahr 2000	Gesamt
Steuerrechtsänderungen	4,19	1,03	5,22
Vermögensteuer	1,80	0,56	2,36
Summe	5,99	1,60	<b>7,59</b>

Quellen: Finanzministerium NRW 2012, eigene Berechnungen.

Damit liegen im Jahr 2011 die steuerrechtsbedingten Verluste des Landes weit über der tatsächlichen Neuverschuldung in Höhe von 3 Milliarden. Bei einer alternativen Steuerpolitik des Bundes hätte NRW 4,6 Milliarden Euro mehr verausgaben können, ohne neue Schulden aufzunehmen zu müssen.

### 3. Projektion zu den Kommunalhaushalten

Die kommunalen Haushalte in NRW waren von den Steuerrechtsänderungen in zweierlei Hinsicht betroffen. Erstens sanken die direkten kommunalen Steuereinnahmen durch den

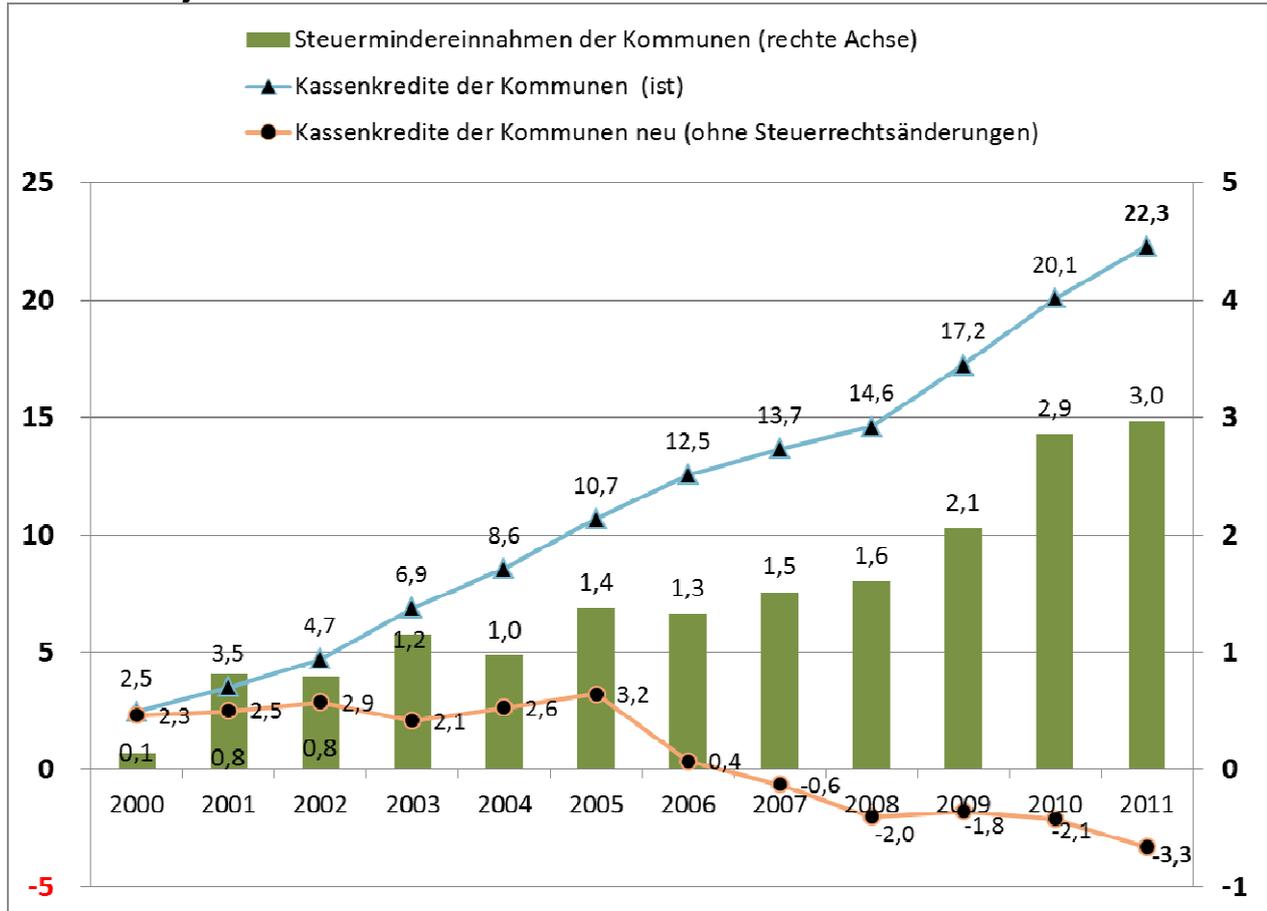
<sup>9</sup> Vgl. Welt Online 2012.

<sup>10</sup> Vgl. Deutscher Bundestag 2012.

Einnahmeausfall bei den Gemeinschaftsteuern. Zweitens reduzierten sich die Einnahmen der Kommunen, die diese über ihre Beteiligung an den Steuereinnahmen des Landes im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA). Im Jahr 2011 belaufen sich die Steuermindereinnahmen auf 3 Milliarden Euro.

**Grafik 3** simuliert, wie sich die kommunalen Kassenkredite<sup>11</sup> ohne Steuerrechtsänderungen von 2000 bis 2011 entwickelt hätten.

**Grafik 3: Projektion der Kassenkredite der Kommunen von 2000 bis 2011 in Milliarden Euro**



Quellen: Eicker-Wolf und Truger 2010, Truger 2012, Finanzministerium NRW 2012, Verband Deutscher Pfandbriefbanken 2012, Deutsche Bundesbank 2012, eigene Berechnungen.

Berücksichtigt werden auch die Steuerausfälle, die im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA), vom Land an die Kommunen weitergereicht werden. Da die Vermögensteuer im Gegensatz zur Grunderwerbsteuer nicht in den KFA einbezogen wurde, bleibt diese – im Gegensatz zum Landeshaushalt – unberücksichtigt.

Zur Vereinfachung wird unterstellt, dass alle Kommunen über Kassenkredite verschuldet sind und die Steuermehreinnahmen ausschließlich zum Abbau dieser Kassenkredite verwenden. Diese

<sup>11</sup> Dies sind Kredite zur Liquiditätssicherung von laufenden Aufgaben des Verwaltungshaushalts. Kassen- oder Liquiditätskrediten stehen keine Investitionen gegenüber. Sie bedürfen einer besonderen Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung. Zu den Bedingungen, zu denen Kommunen Kassenkredite aufnehmen dürfen, vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales 2010.

Annahme hat den Vorteil, dass die Investitionskredite der Kommunen, die bei weitem kein so großes Problem darstellen, unberücksichtigt bleiben können.

Das Ergebnis ist eindeutig: Ohne Steuerrechtsänderungen gäbe es keine Kassenkredite in NRW. Um die Gesamtbelastung der Kommunen zu bestimmen, müssen auch die Zinszahlungen für die Kassenkredite hinzugerechnet werden, die in 2011 knapp 0,5 Milliarden Euro betragen. Die Gesamtbelastung für die Kommunen im Jahr 2011 beträgt somit 3,5 Milliarden Euro. Dies ist zehnmal mehr als die vom Land im Jahr 2011 im Rahmen des „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zur Verfügung gestellten 350 Millionen Euro.

#### **4. Fazit**

Die Projektionen zeigen auf, dass die Steuerpolitik der Bundesregierungen seit 1998 ursächlich für die Verschuldung des Landes wie der Kommunen ist. An einer lang anhaltenden strukturellen Unterfinanzierung des Landes und seiner Kommunen bestehen aus finanzwissenschaftlicher Sicht keine Zweifel.

Auch NRW-Finanzminister Walter-Borjans spricht von einer strukturellen Unterfinanzierung des Haushalts: „Wenn man in guten Zeiten immer noch ein Minus hat, bedeutet das: Die öffentlichen Haushalte sind strukturell unterfinanziert.“<sup>12</sup> Gleichzeitig hält er aber weitere Ausgabenkürzungen für nötig. So sei die Rückführung des Defizits bis zum Jahr 2020 „nicht nur“ (sic!) durch Einsparungen zu erreichen.<sup>13</sup>

Im Kontrast hierzu legt die Projektion der Verschuldung nahe, die Konsolidierungsstrategie ausschließlich einnahmeseitig auszurichten, um die bestehende strukturelle Unterfinanzierung zu überwinden. Die Ankündigung des Finanzministers, das Defizit „im Jahr 2015 unter drei Milliarden, 2017 unter zwei und 2020 auf Null“<sup>14</sup> zu bringen, ist dagegen bei gegebener Finanzausstattung nur mit massiven Ausgabenkürzungen denkbar. Dies belegen auch eigene Berechnungen des Finanzministeriums.<sup>15</sup> Wenn – wie vom Finanzminister verkündet – im Jahr 2020 der Haushaltsausgleich (keine Nettoneuverschuldung) erreicht werden soll, dann dürfen die Primärausgaben (Ausgaben nach Abzug der Zinszahlungen) von 2016 bis 2020 nur um jährlich 0,46 Prozent steigen. In Anbetracht einer unterstellten Inflationsrate von 1,9 Prozent (Inflationsziel der Europäischen Zentralbank) würden die Primärausgaben real, also inflationsbereinigt, um jährlich fast 1,5 Prozent sinken. Übertragen auf die Personalausgaben würde dies bedeuten, dass nur noch Tarifabschlüsse von 0,46 Prozent möglich sind. Auch die bereits zu geringen Investitionen oder Bildungsausgaben würden jedes Jahr real sinken. Daher verdeutlicht das Zahlenwerk des Finanzministers, dass eine ausgabenseitige Konsolidierungsstrategie die Zukunftsfähigkeit des Landes schädigen würde.

---

<sup>12</sup> Der Westen 2012.

<sup>13</sup> Vgl. Finanzministerium NRW (2011a), S. 25.

<sup>14</sup> Rheinische Post 2012.

<sup>15</sup> Vgl. Finanzministerium NRW (2011b), A77 ff.

## Anhang zur Berechnung

### Berechnung der Zinssätze für die Landesschulden:

Das Finanzministerium NRW stellte von 2000 bis 2011 die Anteile einzelner Laufzeitsegmente (Landesschatzanweisungen und Schuldscheindarlehen) bei der Refinanzierung zur Verfügung. Hieraus wurde für jedes Jahr die durchschnittliche Laufzeit der Papiere bei Neuverschuldung berechnet. Die Laufzeit beträgt im Mittel 6,49 Jahre (Höchstwert: 9,48 im Jahr 2005, Tiefstwert: 5,04 im Jahr 2011). Zur Bestimmung der jeweiligen Zinshöhe wurden daher fünf- bis achtjährige Bundesanleihen herangezogen (Zeitreihe WU9553). Die jeweilige Zinshöhe dieser Anleihen erhielt als Aufschlag den Spread des Landes bei fünfjährigen Anleihen (Daten der Spreads wurden vom Finanzministerium NRW zur Verfügung gestellt). Im Modell wurde dann mit einer jeweiligen Laufzeit der Anleihen von sieben Jahren gerechnet, d.h. nach sieben Jahren wurde die aufgelaufene Schuld mit dem dann jeweils gültigen Zinssatz refinanziert.

### Herleitung der Landes-Zinssätze

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Umlaufendite 5- bis 8-jähriger Bundesanleihen (Jahresmittelwert)	5,21	4,59	4,54	3,65	3,62	3,05	3,67	4,18	3,83	2,79	2,21	2,17
Spread des Landes bei Laufzeit von 5 Jahren in %	0,38	0,31	0,22	0,16	0,12	0,12	0,16	0,26	0,57	0,68	0,5	0,76
Modellierter Zins NRW	<b>5,59</b>	<b>4,90</b>	<b>4,76</b>	<b>3,81</b>	<b>3,74</b>	<b>3,17</b>	<b>3,83</b>	<b>4,44</b>	<b>4,40</b>	<b>3,47</b>	<b>2,71</b>	<b>2,93</b>

### Berechnung der Zinssätze für die kommunalen Kassenkredite:

Zur Verzinsung der Kassenkredite liegen keine amtlichen statistischen Erhebungen vor. Bei der Herleitung der Zinshöhe der Kassenkredite wird sich an Junkernheinrich et al. (2011, S. 177 ff.) orientiert. In die Bestimmung der jahresdurchschnittlichen Zinssätze bei der Neuverschuldung geht der sechsmonatige EURIBOR-Satz zu Zweidrittel und der Mittelwert der ein- bis fünfjährigen PEX-Renditen zu einem Drittel ein. Der EURIBOR (Euro InterBank Offered Rate) wird börsentäglich erstellt. Der PEX ist ein synthetischer Index und besteht aus 30 synthetischen Pfandbriefen von einem bis zehn Jahren und wird börsentäglich auf Basis entsprechender Meldungen von Bloomberg errechnet. Für das Jahr 2010 ergibt sich so ein durchschnittlicher Zinssatz der Refinanzierung von 1,32 Prozent. Die Stadt Bochum, die ihre internen Zahlen veröffentlicht hat, zahlte in 2010 durchschnittlich 1,24 Prozent Zinsen für ihre Kassenkredite (Bochum 2010, S. 30). Hieran lässt sich ablesen, dass die Modellierung der Wirklichkeit sehr nahe kommt. Die besonders niedrige Verzinsung in Bochum dürfte aber nicht für alle Städte repräsentativ sein, da Bochum als großer Schuldner günstige Konditionen erhält. Die im Modell angenommenen Sätze liegen daher vermutlich eher unter dem realen Landesdurchschnitt als darüber. Es wird im Modell zudem angenommen, dass die durchschnittliche Laufzeit der Kassenkredite nur bei einem Jahr liegt. Die Refinanzierung findet also jährlich statt.

### Herleitung der kommunalen Zinssätze der Kassenkredite

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
EURIBOR 6 Monate (2/3)	4,55	4,16	3,35	2,3	2,15	2,23	3,23	4,35	4,73	1,43	1,08	1,64
PEX Mittelwert 1 bis 5 Jahre (1/3)	5,18	4,41	4,11	2,97	2,93	2,69	3,64	4,41	4,45	2,48	1,8	2,23
Modellierter Zins Kassenkredite	<b>4,76</b>	<b>4,24</b>	<b>3,60</b>	<b>2,52</b>	<b>2,41</b>	<b>2,38</b>	<b>3,37</b>	<b>4,37</b>	<b>4,64</b>	<b>1,78</b>	<b>1,32</b>	<b>1,84</b>

### Berechnung der Vermögensteuer:

Die Einnahmen aller Länder an der Vermögensteuer im Jahr 1996 in Höhe von 4,6 Milliarden Euro werden mit der jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate der Nettovermögen der privaten Haushalte und Unternehmen ohne Erwerbzweck von 1997 bis 2009 fortgeschrieben. Dies sind 4,14 Prozent (Statistisches Bundesamt/Deutsche Bundesbank 2010). Der Anteil des Landes NRW an den Gesamteinnahmen wird nach dem Anteil von NRW an den Landessteuern des Jahres 2010 vor Steuerverteilung für 2000 bis 2011 berechnet. Dies sind 22,39 Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt: Genion-Datenbank).

## Literatur

- Bach, Stefan (2010):** Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Öffentliche Armut, privater Reichtum, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 50/2010, Berlin.
- Corneo, Giacomo (2003):** Verteilungsarithmetik der rot-grünen Steuerreform, Diskussionsbeitrag 2003/14, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Osnabrück, Osnabrück 2003.
- Der Westen (2012):** Finanzminister Walter-Borjans will Steuern erhöhen, Interview vom 17.12.2012, <http://www.derwesten.de/politik/nrw-finanzminister-walter-borjans-will-steuern-erhoehen-id6256939.html> (abgerufen am 4.5.2012).
- Deutsche Bundesbank (2012):** EURIBOR Zinssätze, [http://www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihenliste.php?pdf=stat\\_geldmarkts.pdf&open=zinsen](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihenliste.php?pdf=stat_geldmarkts.pdf&open=zinsen) (abgerufen 3.5.2012).
- Deutscher Bundestag (2012):** Antrag Fraktion DIE LINKE: Wer Schulden bremsen will, muss Millionäre besteuern, 29.02.2012, Drs. 17/8792.
- Eicker-Wolf, Kai/ Truger, Achim (2012):** Perspektiven der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen: Anforderungen an die Bundes- und die Landespolitik, Kurzstudie im Auftrag von ver.di Nordrhein-Westfalen, Berlin.
- Finanzministerium NRW (2011a):** Neuverschuldung 2011 sinkt auf drei Milliarden Euro nach vorläufigem Haushaltsabschluss, Pressemitteilung vom 24.01.2012, Düsseldorf.
- Finanzministerium NRW (2011b):** Finanzplanung 2011 bis 2015 mit Finanzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
- Finanzministerium NRW (2012):** Beantwortung einer schriftlichen Anfrage durch die Pressestelle vom 27. April 2012.
- Junkernheinrich, Martin/Lenk, Thomas/Boettcher, Florian/Hesse, Mario/Holler, Benjamin/Micosatt, Gerhard (2011):** Haushaltsausgleich und Schuldenabbau – Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie im Land Nordrhein-Westfalen, FORA Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH, Kaiserslautern, Leipzig, Bottrop.
- IT.NRW (2011):** NRW-Gemeinden: Höhe der Kassenkredite übersteigt den Stand von Ende 2010, Presseerklärung vom 27.12.2011, Düsseldorf.
- Ministerium für Inneres und Kommunales (2010):** Runderlass über Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden (GV) vom 9. Oktober 2006, in der Fassung vom 13.12.2010, MBI. NRW 2010, S.907, Düsseldorf.
- Rheinische Post (2012):** Nordrhein-Westfalen vor der Wahl, Institut rügt rot-grüne Finanzpolitik, <http://www.rp-online.de/politik/nrw/institut-ruegt-rot-gruene-finanzpolitik-1.2815954> (abgerufen am 5.5.2012).
- Stadt Bochum (2011):** Bericht über das städtische Zins- und Schuldenmanagement 2010, Bochum.
- Statistisches Bundesamt/Deutsche Bundesbank (2010):** Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen, Wiesbaden.
- Truger, Achim (2012):** Berechnung der Steuermindereinnahmen seit 2000 für das Land NRW und seine Kommunen, unveröffentlichte Excel-Übersicht.
- Truger, Achim/Teichmann, Dieter (2010):** IMK-Steuerschätzung 2010: Kein Spielraum für Steuersenkungen, IMK Report Nr. 49, Düsseldorf.
- Verband Deutscher Pfandbriefbanken (2012):** PEX-Renditen 1987 bis 2012, [http://www.pfandbrief.de/cms/ internet.nsf/tindex/de\\_82.htm](http://www.pfandbrief.de/cms/ internet.nsf/tindex/de_82.htm) (Excel-Datei abgerufen am 3.5.2012).
- Welt Online (2012):** SPD-Länder wollen Vermögensteuer einführen, 19.4.2012, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article106201277/SPD-Laender-wollen-Vermoeigensteuer-einfuehren.html> (abgerufen 7.5.2012).